

# Merseburger Tagblatt

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 18 M., durch Boten bezogen monatlich 20 M., bei Postbestellung monatlich 21 M. (letz. Zahlung monatlich nachmittags). Einzelnummer 1 M. Postbestellort: Amt Leipzig Nr. 1654. Geschäftsstelle: Volkstr. 4. Für unebene Zustellungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort: Merseburg.

(Kreisblatt)

Unparteiische

## Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger.)

Herausgeber Ludwig Vatsch.)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 124.

Montag, den 29. Mai 1922.

162. Jahrgang

### Tageschronik

Nach amerikanischen Vorschlägen liegt die internationale Anleihe noch in weiter Ferne.  
Reichsfinanzminister Dr. Hermes soll wegen eines holländischen Vorschusses nach dem Haag abgereist sein.  
Frankreich beginnt mit der Befestigung der von den Amerikanern verlassenen Zone am Rhein.  
Eine bedeutsame Rede Stegerwalds über die Rechte und Pflichten der Beamten.  
Bei den geirigen Wahlen zur ungarischen Nationalversammlung errang die Regierungspartei nach den bisherigen Ergebnissen einen unbestreitbaren Sieg.

### Kein Optimismus in der Anleihefrage.

Eine amerikanische Warnung.

Paris, 29. Mai. Den beiden hier erscheinenden amerikanischen Blättern zufolge wird der amerikanische Anleiheausfluß die Zeit bis zum 31. Mai durch inoffizielle Sitzungen ausfüllen. Eine mit dem Anleiheausfluß in Verbindung stehende amerikanische Persönlichkeit erklärte gestern einem Mitarbeiter der „New York Herald“, jede Anleihe sei im besten Falle eine Angelegenheit, die sehr lange Zeit erfordere. Die Welt sollte sich nicht durch einen durch die Anwesenheit Morgans in Paris erweckten Optimismus irreführen lassen. Offenbar sei für ein Einverständnis solcher Art die Zeit noch nicht reif. Andererseits liege — und der Anleiheausfluß sei hier darüber in den letzten Tagen klar geworden — Ursache zu einem Optimismus vor, der sich auf eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland in der Reparationsfrage im allgemeinen beziehe. (Derartige „Annäherungen“ pflegen nur stets auf Kosten Deutschlands zu geschehen.)

### Hermes nach dem Haag abgereist?

Paris, 29. Mai. „Antirassant“ meldet, Dr. Hermes sei gestern abend nach dem Haag abgereist. Das Blatt behauptet ferner, diese Reise stünde im Zusammenhang mit dem Pläne eines Vorschusses des Holland an Deutschland zu leisten, um die Ende dieses Monats fälligen Zahlungen zu ermöglichen. Außerdem wird behauptet, daß diese Reise mit der Reparationsanleihe zusammenhänge, in der Holland eine führende Rolle spielen werde.

Eine Bestätigung dieser Meldung bleibt abzuwarten.

### Boineares vorläufiger Bericht auf die Anleihebefragung.

Erklärung in Paris.

Wie aus London gemeldet wird, soll zwischen dem örtlichen, ausländischen Amt und Boineare in den letzten Tagen ein lebhafter Meinungsaustausch stattgefunden haben. Er soll das Ergebnis gehabt haben, daß Boineare zugestimmt hat, auf die Erzeugung irgendwelcher neuen Sanftionen gegen Deutschland, um die Befestigung des Ruhrgebietes vorläufig zu verzichten, um den alliierten Regierungen der Reparationskommission und dem Anleiheausfluß zu helfen, zu einem Abkommen über das Reparationsproblem zu gelangen. Die Lloyd George-Presse des Sonntags stellt fest, Lloyd Georges glänzender Empfang und die Unterhausabstimmung hätten in Paris sehr ermutigend gewirkt und bei der französischen Regierung den Geist größerer Entgegenkommens gesetzt. Die „Times“ veröffentlichen sogar die französische Regierung habe die Absicht, Ende dieses Monats nicht ins Ruhrgebiet einzuziehen, offiziell mitgeteilt.

### Um den Moskauer Gesandtenposten.

Von maßgebender Seite hören wir, daß Krassin während seiner Anwesenheit in Berlin der Regierung wiederum den Wunsch der Sowjetregierung vorzutragen wird, Freireisen von Moskau an deutschen Gesandten in Moskau zu erlauben. In der deutschen Regierung ist man sich über die Befestigung dieses Gesandtenpostens immer noch nicht klar. Immer neue Kandidaten treten auf. Seitens der Sozialdemokraten wird gegen Freireisen von Moskau Einpruch erhoben. Wenn man sich aus der Sitzung als deutschen Gesandten in Moskau nicht absprechen kann, da Krassin der russischen Sprache mächtig und ein Kenner russischer Verhältnisse ist, so wehrt man doch darauf hin, daß er aus dem alten Regime kommt. Auch in Regierungskreisen lehnt man nach

### Einstimmigkeit im Kabinett über die Pariser Vereinbarungen.

#### Vor der Antwort an die Reparationskommission.

Um die Valutaklausel.

Berlin, 29. Mai. In Ausführung der ihm von der Reichsregierung erteilten Instruktion hat Staatssekretär Bergmann in Paris bei der Reparationskommission inoffiziell angefragt, ob sie einverstanden wäre, daß in dem mit dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes vereinbarten Entwurf eine Klausel des Inhaltes aufgenommen werde, daß am 31. März als Stichtag nicht beigefallen werden solle, wenn bis zur tatsächlichen Gewährung der Anleihe eine weitere, nicht voranzuführende und bedeutende Entwertung der Mark eintreten solle.  
Auf die inoffizielle Anfrage des Staatssekretärs Bergmann ist ebenfalls inoffiziell geantwortet worden, daß die Reparationskommission überderte, den verarbeiteten Entwurf der deutschen Antwortnote durch eine solche Klausel abzuändern. Die Reparationskommission könnte sich damit nicht einverstanden erklären. Aber es sei selbstverständlich, daß höhere Gewalt (force majeure) ebenso wie für alle Völkern auch für diese Vereinbarungen zwischen der deutschen Regierung und dem Reparationsausfluß gelten werde.  
Das Reichskabinett hat daraufhin in seiner gestrigen Sitzung einstimmig den Pariser Vereinbarungen mit der Reparationskommission zugestimmt. Die Vereinbarungen werden, wie bereits berichtet wurde, in dem Entwurf einer Antwort auf die Note der Reparationskommission, in der im März die Bedingungen für das Moratorium für 1922 bekanntgegeben worden sind. Die Note der deutschen Regierung ist am Sonntag abend bereits nach Paris durch Kurier abgegangen. Sie wird voraussichtlich am heutigen Montag veröffentlicht werden.

### Heute politische Debatte im Reichstag.

Die deutsch-nationale Aufassung der Lage.

Über die heutige Plenarsitzung des Reichstages glaubt der „A.“ mitteilen zu können, daß zunächst Reichstagskanzler Dr. Wirth und dann Reichsminister des Inneren Dr. Rathenau sprechen werden. Die politische Aussprache werde sich unmittelbar daran anschließen und voraussichtlich Dienstag abend beendet werden. Während die „Montagspost“ es für sicher hält, daß die Deutschnationalen ein Mißtrauensvotum wegen der Haltung der Reichsregierung in der Rapallofrage einbringen werden, hält der „A.“ das Einbringen eines solchen Antrages durch diese Partei für mehr als zweifelhaft.

In Kreisen der Deutschnationalen Volkspartei betrachtet man die bisher bekannt gewordenen Vorschläge des Finanzministers Hermes in Paris als eine neue Formulierung unerfüllbarer Verpflichtungen. Die Forderung der inneren Schuld auf dem Stand vom 31. März und der Anleihe der im Inland zu belegenden Sachwertleistungen bedeute

eine Befestigung von etwa 150 Milliarden Goldmark, die immer noch unerträglich hoch wäre. Der Bericht der Gegenpartei auf Wahlen und Goldleistungen wären nur ein Scheinbericht zu überprüfen. Man ist geneigt, darin das Bedauern der bedrückten Vorkriegszeit zu erblicken, dem seine Felle davon geschwommen sind. Ungehindert hat Hermes in Paris eine Karte ausgelegt, die Wirth selbst auszuspielen hoffte. In seinen Augen ist damit ein Erfolg, nämlich die Liebeserklärung des 31. Mai erzielt, den er selbst gern als sein Verdienst hätte in Anspruch nehmen wollen.

### Rapallo im Auswärtigen Ausschuss.

Annahme des Vertrages gesichert.

Berlin, 29. Mai. Nachdem der Text der Antwortnote an die Reparationskommission feststeht, die im Laufe des heutigen Montag in Paris überreicht werden soll, haben sich die Beratungen zwischen dem Reichskabinett und den Parteien der Gemäßigten und im besonderen dem Bericht von Rapallo zugewandt. Auch die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages, der Sonntag vormittag um 10 Uhr zusammengetreten war, werden sich in der Hauptsache um diese beiden Punkte, der Text des Vertrages von Rapallo ist noch nicht endgültig formuliert worden und daher konnte den Mitgliedern des Reichstages die Denkschrift darüber nicht zugänglich gemacht werden. Man hofft diese Denkschrift in zwei Tagen dem Reichstage vorlegen zu können. Damit fällt die Erwartung, daß über diesen Vertrag im Plenum des Reichstages nach dem großen politischen Ausbruch abgestimmt werden kann. Man wird aber ihn, und wahrscheinlich ausführlich, auch in der Plenarsitzung gesprochen werden: die Abstimmung darüber dürfte jedoch, wie man in parlamentarischen Kreisen annimmt, erst nach fruchtigen Beratungen, Grundriss für den Vertrag seiner Seite gegen den Vertrag Widerspruch erhoben zu sein. Dagegen wurde von dem USB-Kreditor der Zeitpunkt des Vertrages und die näheren Umstände seines Abschlusses (sachlich kritisiert). Besonders lebhaft Zustimmung fand der Vertragsabschluss, wie man hört, bei der Deutschen Volkspartei, während die Deutschnationalen im einzelnen manchen Bedenken äußerten. Im allgemeinen ist die Stimmung gegen über dem Vertrag jedoch günstig und sämtliche Parteien, von den Kommunisten bis zur Deutschen Volkspartei, dürften für den Vertrag zu haben sein und auch innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei ist eine sehr hohe Zustimmung für den Vertrag vorhanden. Im parlamentarischen Kreise rechnet man sogar damit, daß unter Umständen auch die Deutschnationalen zustimmen würden.

### Kein Streikrecht, aber besondere Vorrechte.

Stengerwald über das Beamtenamt.

Sten, 29. Mai. Als Antwort auf den Antrag des Gesamtverbandes Deutscher Beamten- und Staatsangehörigenschaftlichen fand am Sonntag eine Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes statt, bei der Ministerpräsident a. D. Stegerwald in einer bedeutungsvollen Rede u. a. folgendes ausführte:

„Die gegenwärtigen Vorgänge im Beamtenamt sind von der allergrößten politischen Staatsbedeutung. Dem Staatsvertragsbeamten kann selbstverständlich kein Streikrecht zugesprochen werden. Nicht ganz so einfach liegen die Verhältnisse bei den Beamten, die in den wirtschaftlichen Einrichtungen des Reiches, bei der Post und bei der Eisenbahn, tätig sind. Streiken in diesen Unternehmen ist verboten, wenn ein Streikrecht zugeht, dann können auch die Eisenbahnbeamten allein den Verkehr nicht mehr aufrechterhalten. Wenn man den Beamten in den wirtschaftlichen Betrieben des Reiches das Recht des Streiks nicht zugeht, so müßte der Staat mindestens dafür ein Äquivalent schaffen. Der Gesamtverband Deutscher Beamten- und Staatsangehörigenschaftlichen sieht dieses Äquivalent in dem einheitlichen Einkommensgesetz, in das wir verlanke die Beamten jedoch nicht einbezogen werden sollen. Den Beamten muß wieder ein Teil ihrer ehemaligen Abhängigkeit eingeräumt werden. Ein Teil des Ziel- und Ordenswesens muß wieder zur Einführung gelangen. Schließlich müssen die Beamten die Selbsthilfe, wie sie auf den Gebieten des Spar- und Kreditwesens, des Wohnungswesens und des Vorkaufwesens möglich ist, weiter ausbauen und pflegen. Der Redner schloß dann unter großem Beifall mit folgenden Worten: Ein wirtschaftlicher Anstieg unserer Vorkaufkraft ist







# Beilage zu Nr. 124 des Merseburger Tageblattes

Montag, den 29. Mai 1922

## Deutscher Reichstag

### Das Pensionskürzungsgesetz angenommen.

Berlin, 27. Mai.

Zweite Beratung des Gesetzentwurfes über

Verwendung von Wartgeldempfängern.

Danach müssen diese jedes Amt im Reichsdienst übernehmen, das ihnen billigerweise zugemutet werden kann. Nach dem Ausfuhrbeschlüssen soll diese Verpflichtung mit dem vollendeten 60. Lebensjahre erlöschen und auf Antrag Pensionierung eintreten.

Die Abg. Schmidt-Stettin (D. P.) und Dr. Scholz (B. P.) bekämpfen die Vorlage wegen des ausgesprochenen Zwanges, ein Amt anzunehmen, das eventuell dem früher innegehabten Amt nicht gleichwertig ist.

Abg. Schäfers (Z.) betont demgegenüber, daß das Reich sich den Luxus nicht leisten könne, Renten, die keine Arbeit leisten wollen, für ihr Nichtstun lebenslanglich zu versorgen.

Die Vorlage wird zunächst in der Einzelberatung angenommen. Die beantragte namentliche Abstimmung wird einstimmig zurückgestellt. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über

Kürzung der Ruhegehälter

und Wartegelder bei Versorgungsberechtigten, die ein Einkommen aus anderer Beschäftigung als im Reichs- oder Staatsdienst beziehen. Der Ausschuss beantragt, die Pensionen von Ruhegehaltsempfängern, die ein steuerbares Arbeitseinkommen beziehen, um die Hälfte des Betrages zu kürzen, um den das Arbeitseinkommen 60 000 Mark übersteigt. Den Ruhegehaltsempfängern muß aber die Hälfte des Ruhegehaltes ausschließlich des Teuerungszuschlages verbleiben. Die Mehrheit der beiden Reichsparteien lehnen die Vorlage ab. Die Volkspartei beantragt, daß den Ruhegehaltsempfängern die Hälfte des Ruhegehaltes einschließlich des Teuerungszuschlages verbleiben soll.

Abg. Bölle (Z.) bedauert die ablehnende Haltung der Rechten, die mit dem Verhalten im Jahre 1912 nicht im Einklang liehe. Der Antrag der Volkspartei wird jedoch abgelehnt und die Vorlage in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Es folgt jetzt eine Reihe namentlicher Abstimmungen. Der Gesetzentwurf über die Verwendung von Wartgeldempfängern wird mit 217 gegen 109 Stimmen angenommen bei einer Stimmhaltung, falls das Gesetz, wie die Rechte behauptet, eine Befristungsbedingung darstellt, wäre also die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht.

Es folgt dann die Abstimmung über die bei der Etatsberatung zurückgestellten Titel und Entschlüsse. Eine Entschließung Dr. Schreibers (Z.), die die Landesregierungen erlucht, die Schutzpolizei von allen politischen

Einflüssen freizuhalten, wird gegen die äußerste Linke angenommen. Eine Entschließung der Deutschnationalen gegen die

Getreidenulage

wird mit 190 gegen 136 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt. Eine Entschließung Müller auf Zwangsbeschäftigung von Getreide, Kartoffeln und Zucker wird mit 191 gegen 137 Stimmen abgelehnt. Die Ausschüßenschließung, die eine Wiederholung der Getreidenulage für unmöglich erklärt, aber rechtzeitige Sicherstellung von Brotgetreide fordert, wird mit 246 gegen 79 Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt. Dagegen stimmen Deutschnationale und Sozialdemokraten. Es sind also alle Anträge und Entschlüsse zur Getreidewirtschaft abgelehnt. Die Ausschüßenschließungen auf Sicherstellung der Kartoffel- und Zuckerverforgung werden angenommen.

Nächste Sitzung Montag nachmittag 1 Uhr zur Entgegennahme einer Regierungserklärung.

## Preussischer Landtag

Berlin, 27. Mai.

Bei der Beratung des Haushalts für Volkswohlfahrt beim Kapitel

Jugendfürsorge.

fordert Frau Abg. Bauer (Ztr.) größere Beachtung der Jugendbewegung, Ausbau der Wanderherbergen zu getheilten Betrieben und tritt für Jugendpflege und Selbstbestimmungen ein. Sie schildert die Notlage der charitativen Anstalten und beantragt ein Reichsnachfahrtsgesetz.

Abg. Frau Dr. Spehr (Dn.) wünscht, daß bei der Fürsorge für Gefährdete darauf geachtet wird, daß sittlich verfallene Kinder nicht auf die gesunden Kinder einen

schlechten Einfluß ausüben. Es soll hieralso eine Trennung vorgenommen werden. Soweit in der Familienerziehung das Minderjährigrecht bestehe, müsse es auch in der Anstalt beibehalten werden.

Frau Abg. Voigt (D. P.) fordert auch bei der Jugendordnung strenge Disziplin und weitere Betätigung der Frauen in der Fürsorgebewegung. Die christliche Liebestätigkeit müsse auch hier an erster Stelle stehen.

Abg. Frau Christmann (Uz.) fordert grundlegende Veränderung in der Leitung der Fürsorgeanstalten, Befreiung der Prügelstrafe und meint, daß die christliche Liebestätigkeit nur einer bestimmten Schicht zugutekomme.

Ein Vertreter des Wohlfahrtsministeriums legte dar, daß alle Fürsorgeanstalten ständig daraufhin beobachtet würden, wo Verbesserungen angebracht seien. Die Abschaffung der Prügelstrafe wird im beschleunigten Tempo angestrebt. Bei weiblichen erwachsenen Böglingen sei sie unterjagt, aber die Schulzeit müsse bestehen bleiben und der Lehrer dürfen nicht machtlos gemacht werden. Der Staat habe die Pflicht, alle Verbrechen auf dem Gebiete der Jugendpflege zu fördern. Dazu gehöre auch das Arbeitervergnügen. Hinsichtlich der Alkoholbekämpfung sei das Verständnis bei der heutigen Jugend schon wesentlich besser entwickelt als früher.

Abg. Gehrman (Komm.) nennt den ganzen Wohlfahrtsrat einen Standal, bei der augenblicklichen Prügelmethode würden die Kinder nur noch schlechter gemacht.

Frau Abg. Doenhoff (Dem.) lehnt zwar das reglementmäßige Prügeln ab, immerhin könne aber auch die Prügelstrafe nützlich wirken.

Auf eine Anfrage des Abg. Weill (Uz.) wird regierungstreu erwidert, daß das Arbeitervergnügen bereits fertiggestellt sei und zunächst dem Staatsrat vorliege. Die Abstimmungen werden sodann bis nach Pfingsten vertagt.

Nächste Sitzung Dienstag, den 13. Juni. Fortsetzung der Etatsberatung.

## Surnen und Sport des „Merseburger Tageblatt“

S. 12. — Sportfreunde-Halle 1:1 (0:1).

(Eigene Berichterstattung.)

Man kann es nur bedauern, daß S. 12. am Sonntagabend den guten Eindruck seiner letzten Spiele durch dieses Treiben gegen Sportfreunde so hart verfiel. Wenn das Spiel als Herausforderung für die im Verbandsspiel erlittene Niederlage gedacht war, dann kann von einem Mobilisieren unserer Merseburger keine Rede sein. Man weiß fast nicht, was mehr Abfälligkeiten erregt: das hohle Stimmenspiel, teilweise ohne jede Zielungstaktik, oder die grundverlebte Aufstellung Rivons als Halbweits, wo er von seinen Fähigkeiten, die ihn zum Mittelkäufer stemmen, so gut wie keine verwerten konnte oder endlich das mangelhafte Schußvermögen des gelamten Sturms. So bot

### Der Fußballsport des Sonntag.

Ideales Sportwetter begünstigte die Kämpfe des getrigen Sonntags sowie des Sonnabendnachmittags. Leider zeigte sich Merseburgs Können nicht gerade in dessen Vort. Bei sehr mäßigem Spiel konnte S. 12. (Hga) und Sportverein 99 nur je ein Unentschieden herausziehen, wo wir mit Siegen gerednet hatten. Weit erfolgreicher vertrat Preußen und Germania Merseburgs Farben auswärts. Während ersterer im Propagandaspiele in Böhlen Halle 1910 mit 3:2 zu schlagen vermochten, legte Germania die ersteklassige Spielberechtigung mit 3:0 hinein.

Zu den Spielen folgende Eigenberichte:

